

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 17. Jahrgang, Nr. 11, 2. Juni 2000

Einblicke

Unworte - Untaten

Von Johannes Rau

Es gibt in unserer Gesellschaft Ausländerfeindlichkeit, ja Fremdenhass. Es gibt Gewalt bis hin zu Mord. Gefährlicher noch als einzelne Gewaltakte ist ein gesellschaftliches Klima, das Ausländerfeindlichkeit mit klammheimlicher oder sogar mit offener Sympathie begleitet. Es gibt eine aggressive Intoleranz gegenüber Ausländern. Sie wird gefördert, wenn eine Mehrheit schweigt. Wer schweigt, macht sich mit-schuldig. Da sind wir alle gefordert. Politiker, Polizei und Justiz, Lehrerinnen und Lehrer tragen besondere Verantwortung, sich menschenfeindlichen Tendenzen entgegen zu stellen. Das braucht Zivilcourage und Unterstützung.

Kein politisch Verantwortlicher darf der Versuchung nachgeben, aus fremdenfeindlichen Stimmungen Kapital zu schlagen. Der sorgfältige Umgang mit dem Wort gehört dabei an die erste Stelle. Ich erwarte von allen Selbstdisziplin und Fingerspitzengefühl. Wer sich über die Untaten aus Fremdenfeindlichkeit empört, der darf die Unworte nicht überhören oder gar selber gebrauchen, die viel zu häufig die Runde machen. Unworte bereiten Untaten den Boden. Wir dürfen freilich niemanden mit seinen Vorurteilen und Ressentiments alleine lassen. Wie oft sind Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass das Ergebnis von Unkenntnis und mangelnder Erfahrung! Nur so ist zu erklären, dass es Gegenden in Deutschland gibt, in denen nur ganz wenige Ausländer leben, Fremdenfeindlichkeit aber stark verbreitet ist. Wenn Rechtsextreme stolz von „national befreiten Zonen“ sprechen, dann ist das ein Alarmsignal für Rechtsstaat und Demokratie und ein Grund zur Scham für alle wirklichen Patrioten.

Für Rassismus und rassistische Gewalt gibt es Gründe und Erklärungen, aber nichts kann sie rechtfertigen. Wer Gewalt anwendet, gehört bestraft. Wir sind es uns in erster Linie selber schuldig, dass Fremdenfeindlichkeit geächtet wird.

Aus der Rede des Bundespräsidenten „Ohne Angst und Trümereien: Gemeinsam in Deutschland leben“

Der Anfang ist gemacht

Das von der Bundesregierung initiierte Bündnis für Demokratie und Toleranz muss sich noch mit Leben füllen.

Seite 3 ■

Mit Goethe gegen rechts

Die Weimarer Bürgerinnen und Bürger haben mit viel Fantasie die NPD ausgetrickst.

Seite 4 ■

Getarnter Tierschutz

Ein Schweizer Antisemit prangert das rituelle Schächten bei den Juden als „Massenverbrechen“ an.

Seite 5 ■

„Revanchismus pur“

Im Thüringer Landtag sorgte ein Flugblatt des Bund der Vertriebenen „Was jeder Deutsche wissen sollte“ für einen Eklat.

Seite 8 ■

Aus der Sicht der Opfer

In der Berliner „Neuen Synagoge“ wird eine sehenswerte Ausstellung über jüdisches Leben in der Stadt in den Jahren 1938 bis 1945 gezeigt.

Seite 9 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Löhöfel

Redaktion: Gabriele Nandlinger

Aktivitäten**Fußball und Gewalt****Neonazis ködern mit Vorliebe ihren Nachwuchs in der Hooligan-Szene.**

Am 10. Juni beginnt unter bisher schärfsten Sicherheitsmaßnahmen die Fußball-Europameisterschaft, die in Belgien und den Niederlanden ausgetragen wird.

Der Anpfiff wird im Brüsseler Heysel-Stadion erfolgen, das am 29. Mai 1985 die schwersten Krawalle in der europäischen Fußballgeschichte zu verzeichnen hatte. 39 Menschen starben beim Europacup-Finale zwischen dem FC Liverpool und Juventus Turin. Verursacher des Blutbades waren Hooligans, Skins und Neonazis aus den Reihen der „National Front“ und „Combat 18“ aus Großbritannien und der bereits 1974 verbotenen italienischen neonazistischen Terrororganisation „Ordine Nuovo“.

Zu den folgenschwersten Ausschreitungen anlässlich von Fußballspielen gehört auch die Gewalttat gegen den Gendarmen Daniel Nivel am 21. Juni 1998 bei der Fußball-Weltmeisterschaft in Frankreich. Nivel wurde am Rande des Spiels zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien von deutschen Hooligans zum Krüppel geschlagen. Der Kommentar in dem Skin-Blättchen „White Supremacy“ lautete dazu: „Ein Cop wurde schwer verletzt. Nun ja, es ist doch sein Berufsrisiko gewesen. Niemand hat ihn gezwungen, Polizist zu werden.“ Um die rund 8.000 bundesdeutschen Hooligans, von denen 2.700 als besonders aggressiv gelten, bei der EM unter Kontrolle zu halten, wurde eigens das Passgesetz verschärft und ein umfassendes Sicherheitskonzept erarbeitet. Bundesgrenzschutz und Polizei, ein Sonderstab und Krawall-Fachleute sind auf das Schlimmste vorbereitet. Sie wissen: Fußball und Rechtsextremismus bilden seit Beginn der 80er Jahre in der Bundesrepublik eine unheilvolle Verbindung.

Im Juli 1983 gab der mittlerweile verstorbene Neonazi-Führer Michael Kühnen (ANS/NA), der erkannte, dass Fußballfans und Skins für die rechts-extreme Sache rekrutiert werden können, in der Zeitschrift „Innere Front“ die Parole aus: Die Hamburger Kameradschaft I hat den Auftrag, den „Einfluss unserer Bewegung auf Skinheads, Fußballfans etc. auszudehnen“.

Wenige Wochen später wurde in Flugblättern von „Fans von Hertha BSC“ zum Qualifikationsspiel zur Fußball-EM zwischen der Türkei und der Bundesrepublik im Berliner Olympia-Stadion am 26. Oktober 1983 dazu aufgerufen: „Auf nach Berlin zum Kampf gegen die Kanaken“.

1988 nahmen die Jungen Nationaldemokraten in München die ersten Saisonspiele in der Bundes- und Bayernliga zum Anlass, Kontakte zu Fußballfans zu suchen. Dieser Tradition treu geblieben, demonstrierten NPD/JN-Kader am 27. September 1998 vor Fußballstadien. Auf Transparenten und Flugblättern forderte man: „Die deutsche Nationalmannschaft muss deutsch bleiben!“

Bundesweite Schlagzeilen lieferte in den 80er Jahren die berüchtigte Neonazi-Hooligan-Bande „Borussenfront“ unter Führung des FAP-Aktivisten Siegfried Borchardt (Szenename „SS-Siggi“), die mit Vorliebe Nicht-Deutsche in- und außerhalb der Fußballstadien jagte und verprügelte. In deren Fußstapfen marschieren heute Neonazis wie - der derzeit inhaftierte - Christian Hehl aus Ludwigs-hafen oder Michael Thiel aus Duisburg, die in Stadien auf der Suche nach rechtem Nachwuchs sind.

Seit Jahren die schwersten Krawalle bei Fußballspielen wurden am 13. Mai 1999 anlässlich des Spitzenspiels der Regionalliga Süd zwischen den Offenbacher Kickers und Waldhof Mannheim ausgetragen. Die Bilanz: 100 Verletzte, darunter 27 Polizeibeamte und 28 Festnahmen. Beim Spiel der beiden Mannschaften zuvor, am 31. Oktober 1998, blieb es dagegen überwiegend friedlich. Die Anti-Antifa-Schrift „Pfalzfront“ um die Neonazis Stefan Michael Bar und Ronnie Reimer kommentierte dies folgendermaßen: „Leider hatten die Bullen diesmal fast alles im Griff, so dass es zu keiner größeren Auseinandersetzung kam.“

Wenig Beachtung schenkte die Medien 1999 den Meldungen, dass der DVU-Funktionär Sven Eggers Vorsitzender des Münchner HSV-Fanclubs Brigada Bavaria ist, und Thomas Gürtler, Fan-Beauftragter von Fortuna Köln und offizieller Fan-Sprecher, eine Vergangenheit bei den Republikanern aufzuweisen hat.

Zu hoffen bleibt, dass der Schlachtruf „KILL“ der schwedischen White-Power-Band „Heysel“, die sich ihren Namen nach den Krawallen in dem Brüsseler Stadion gab, bei den Europameisterschaftsspielen ohne Konsequenzen verklingen wird.

Anton Maegerle

Demokratische Initiativen**Start mit Tücken**

Nach langwierigen Vorbereitungen und vielen Missverständnissen ist endlich das Bündnis für Toleranz zu Stande gekommen, das sich gegen den Rechtsextremismus richtet. Wie es mit Leben erfüllt wird, schält sich erst allmählich heraus.

Am 23. Mai war es so weit. Mit einer Veranstaltung in Berlin wurde der Zusammenschluss besiegelt. Er beruht auf einer Passage im rot-grünen Koalitionsabkommen von 1998, die lautet: „Die neue Bundesregierung wird die politische Auseinandersetzung mit und die Bekämpfung von Rechtsextremismus zu einem Schwerpunkt machen. Dazu werden wir ein Bündnis für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt, für die Umsetzung der Werte und Garantien unseres sozialen und demokratischen Rechtsstaates schaffen.“

Wie nicht anders zu erwarten, gab es im Vorfeld der Gründung aber etliche Misstöne. In vorbereitenden Gesprächen wurde „Konzeptlosigkeit“ und der Bundesregierung vorgeworfen, sie missbrauche ihre Schirmherrschaft zur politischen Steuerung. Kurz vor der Eröffnungsveranstaltung stiegen dann auch noch Organisationen wie Pro Asyl und Flüchtlingsräte sowie der Schwulen- und Lesbenverband aus, weil sie sich ausgegrenzt fühlten. Nebenbei versuchten einige, die Asyl- und Flüchtlingspolitik der Bundesregierung in den Vordergrund zu rücken und das Bündnis für Toleranz in ein „Bündnis gegen Schily“ umzuwandeln.

Schließlich gab es dann auch noch überflüssigen Zank um ein paar Worte im Entwurf eines Manifests. Das Innenministerium und die Grünen konnten sich nicht über einen Text verständigen, sodass die Verabschiedung auf später verschoben wurde. Zu der von manchen beklagten Konzeptlosigkeit gehörte sicher auch, dass es für einen auf dem Berliner Bebelplatz geplanten Informationsmarkt keinerlei vorbereitende Öffentlichkeitsarbeit gab. Nur wenig Publikum ließ sich sehen, obwohl es viel zu sehen gab: An 93 Ständen stellten sich Initiativen und Organisationen, Verbände und Institutionen, Kleingruppen und staatliche Stellen vor, die für interkulturelles Zusammenleben warben und über ihre Erfahrungen mit der Ausländerintegration, beim Vermeiden von Gewalt und im Kampf gegen Rechtsextreme berichteten.

Immerhin - das vielfältige Angebot reichte vom Afghanistan Zentrum für kulturelle und soziale Betreuung der Flüchtlinge in der BRD über die Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände, die Initiative Demokratisch handeln aus Jena, die Fachhochschule der Polizei Brandenburg, die Föderation der Volksvereine türkischer Sozialdemokraten (HDF), den Bürgerfunk Kaktus aus Münster, die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, das Miteinander Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt, den Verband der Polen „Nadordze“ aus Guben bis zum Zentralverband der Assyrischen Vereinigungen - wirklich eine bunte Palette, die belegt, dass es reichlich Aktivitäten und Ideen gibt.

Sie zusammenzufassen, ihnen Rückhalt zu geben und ihnen Ansprechpartner zu vermitteln ist nun die Aufgabe des Bündnisses, zu dem die Bundesregierung den Anstoß gegeben hatte. Bundesinnenminister Otto Schily kündigte an, es werde „ein kleines Sekretariat“ gebildet, um das Projekt weiterzuführen sowie den Aufbau und Ausbau zu sichern. In welcher Form dies geschieht, soll sich in den nächsten Wochen herauskristallisieren. Nach ihren Erfahrungen bei Vorgesprächen („Möglichst weit weg vom Staat!“, wünschten sich viele) möchte sich die Bundesregierung nun aus der praktischen Arbeit heraushalten und nicht den Anschein der Steuerung von oben erwecken. Doch bei etlichen Teilnehmern des Bündnisses bleibt das Misstrauen groß. Denkbar ist, dass ein Büro bei einer der Initiativen angesiedelt wird.

Wie sich die teilweise konkurrierenden und eifersüchtelnden, alle auf finanzielle Förderung schießenden Bündnis-Gruppen zusammenraufen und verständigen, war unmittelbar nach dem Zusammenschluss noch nicht absehbar. Gedacht ist auch daran, einen Beirat zu bilden, der eine Art Koordinationsfunktion bekommen könnte und das noch nicht verabschiedete Manifest endgültig formulieren soll. Doch wer darin sitzt und welche Befugnisse er bekommt, ist ebenfalls ungewiss.

Dass überhaupt ein Anfang gemacht wurde, wird aber allgemein als gutes Zeichen gewertet. Nun kommt es darauf an, dass kleinkarierte Streitereien vermieden werden und sich alle danach richten, was Bundespräsident Johannes Rau in seiner Rede zur Integration von Ausländern gesagt hat: Wer den Rechtsextremismus ernsthaft und wirksam bekämpfen will, brauche auch „Selbstdisziplin und Fingerspitzengefühl“.

Helmut Lölhöffl

Demokratische Initiativen**Goethe gegen Rechte****Die Kulturstadt Weimar hat die NPD ausgebremst.**

Seit fünf Wochen versucht die NPD eine Kundgebung in der Goethe- und Schillerstadt Weimar abzuhalten; seit nunmehr fünf Wochen leisten die Bürger/innen dieser Stadt mit bunten Aktionen erfolgreichen Widerstand. Zum dritten Mal in drei Wochen (1. Mai und 13. Mai) verhinderten die Weimarer am Samstag, den 20. Mai einen Aufmarsch der rechtsextremen NPD nebst Skinhead-Anhang.

Eine Stunde vor dem geplanten Aufmarsch bestätigte das Bundesverfassungsgericht das Verbot der Weimarer Stadtverwaltung, das zuvor bereits vom Verwaltungs-, wie nachfolgend durch das Oberverwaltungsgericht bestätigt wurde. Statt eines rechten Aufmarsches zog unter den Blicken zahlreicher Touristen eine bunte Karawane mit rund eintausend „Nomaden“ durch die historische Innenstadt, die unter dem Motto „Bunte Vielfalt statt brauner Einfalt“ ihr Weimar präsentierten, wie es eben ist: human, weltoffen, solidarisch und bunt.

„Wir werden den Weimarn eine Lektion erteilen - So nicht meine Herren!“ drohte die Thüringer NPD nach dem 1. Mai. Denn anders als in Grimma, Dresden, Berlin und Wetzlar ging in Weimar das Konzept der eigens zu diesem Anlass gegründeten „Arbeitsgruppe 1. Mai“ auf. 20.000 Menschen „feierten“ am 1. Mai in der kleinen 60.000-Einwohner-Stadt. Über 50 Initiativen, Parteien, Verbände, Institutionen - vom Stadtmuseum über die Feuerwehr bis hin zum Deutschen Nationaltheater oder der Europäischen Jugendbildungsstätte beteiligten sich am Straßenfest, für dessen rechtliche Absicherung der Oberbürgermeister samt Stadtverwaltung verantwortlich zeichnete.

Eine „unüberschaubare Situation“ für die Polizei befanden die thüringischen Gerichte und bestätigten das Verbot der Stadt Weimar gegen die NPD.

Diese kündigte an, die Stadt in diesem Jahr mit Kundgebungen zu überziehen, meldete drei Tage darauf für den 13. Mai eine „Antirepressionskundgebung“ an und musste feststellen, dass sie sogenannte „Zweitenmelderin“ ist und damit zu spät war. Denn bereits zwei Tage nach dem Fest gingen Demonstrationsanmeldungen von verschie-

denen Initiativen und dem Büro der Ausländerbeauftragten ein, wie auch für die restlichen Wochenenden des Jahres.

Trotz befürchteter Demonstrationsmüdigkeit unter der Weimarer Bevölkerung organisierte die „AG 1. Mai“, bestehend aus den Initiatoren der Aktionen, den Verantwortlichen des Haupt- und Personalamtes, dem Ordnungsamt der Stadt und dem Büro der Ausländerbeauftragten, für den 20. Mai eine bunte Karawane, um sich erneut dem durch die NPD unter dem Motto „Freiheit ist immer nur die Freiheit des anders Denkenden“ geplanten Aufmarsch entgegenzustellen.

Mit Sambarhythmen und live gespielter afrikanischer Trommelmusik, setzte sich ein bunter Lindwurm in Bewegung. Vornweg die Vertreter der im Stadtrat sitzenden Parteien und der Oberbürgermeister. Kurzminütige kulturelle Einlagen (von russischer Folklore bis zum Clownerieprogramm) ließen die Karawane, die während des Umzuges auf weit über 1000 Teilnehmer anwuchs, nur allmählich voran kommen.

Das Goethe-Nationalmuseum etwa verbarrikadierte das Portal des Goethe-Wohnhauses mit riesigen Kisten, die einst im Konzentrationslager Buchenwald zum Abtransport der kostbaren Reliquien gezimmert worden waren. Die Aktion „Touristische Störung“ war dann auch Bestandteil der Internationalen Museumsnacht, die am gleichen Tag stattfand. Vor dem Schillerhaus lieferten sich die Teilnehmer/innen der Pantoffelralley unter dem Titel „Leise Sohlen statt laute Parolen“ ein spannendes Rennen und auf der Abschlusskundgebung vor dem Deutschen Nationaltheater rief Volkhardt Knigge, Leiter der Gedenkstätte Buchenwald, auf, sich auch weiterhin und phantasievoll zu wehren.

Wie schon zum 1. Mai, wurden in der Stadt die Piktogramme mit dem Symbol des in den Mülleimer geworfenen Hakenkreuzes verteilt und ausgehängen. Bewohner wurden aufgefordert ihre Radiogeräte ans Fenster zu stellen, um mit der eigens für diesen Tag produzierten Sendung des Lokalsenders „Radio Lotte“, internationale und musikalische Zeichen zu setzen.

„Wir werden der Welt zeigen, dass das Bild von Weimar als Hochburg der Rechten nicht stimmt“, betonte die Pressesprecherin der Stadt und der Oberbürgermeister dankte allen Beteiligten und vor allem den Bürgerinnen und Bürgern, die sich mit Zivilcourage und Fantasie entgegengestellt haben.

M. Brehm

Aktivitäten

Jüdisches Schächten

Der Schweizer Erwin Kessler verbirgt seine antisemitische Propaganda hinter der Fassade vorgeblichen Tierschutzes.

Wer die Homepage des Schweizer Vereins gegen Tierfabriken (VgT) aufruft, ist nur einen Klick vom Tier-Grauen entfernt. Unter dem Verweis „Download-Video jüdisches Schächten“ können Interessierte einen unappetitlichen Kurzfilm zu dem Thema herunterladen. Am Tierschutz Interessierte werden vom VgT aber nicht nur über spezielle Schlachtmethode informiert, sondern auch darüber in Kenntnis gesetzt, dass der Verein wegen seiner massiven Kritik am Schächten „Repressionen und jüdischen Sabotage-Versuchen ausgesetzt“ sein soll. Verantwortlich für diese Verschwörungstheorie zeichnet Erwin Kessler, Präsident und Spiritus Rector des VgT. Wenn der Schweizer über das rituelle Töten von Tieren schwadroniert, schwingen meist antisemitische Töne mit.

Bis vor kurzem war Kessler auch zweiter Vorsitzender des VgT Deutschland. Der jüngste Ableger des Schweizer Vereins existiert mittlerweile nicht mehr. Die Vorsitzende Ingrid Dietz und der zweite Stellvertreter Edmund Haferbeck waren nach Bekanntwerden von Kesslers politischem Weltbild auf Distanz gegangen und von ihren Ämtern zurückgetreten. Beide erklärten, „dass es eine Zusammenarbeit mit rechtsradikalen Strömungen in der Tierschutz- und Tierrechtsszene niemals geben darf“. Auslöser des Rückziehers war eine Meldung im BNR, nach der Kessler in vergangenen Jahren mehrmals in rechtsextremen Zusammenhängen aufgetaucht und wegen Verstoßes gegen das Antirassismusegesetz verurteilt worden war.

In der Tat trat Erwin Kessler immer wieder mit antisemitischen Sprüchen in Erscheinung. So fragt Kessler auf der VgT-Homepage: „Warum befürworten die Grünen Deutschlands das jüdische Schächten?“ Die abstruse Antwort liefert er gleich mit. „Weil ihr Vorsitzender Joschka Fischer Jude ist.“ Peinlich für Kessler: Die Aussage enthält gleich zwei Fehler: Fischer ist nicht Parteivorsitzender und stammt aus einem katholischen Elternhaus.

Kessler nimmt es nicht nur mit den Fakten nicht so genau, sondern glänzt auch mit hanebüchenen Vergleichen. Immer wieder hat er „die Juden“ fest

im Visier: „Wenn Juden massenhaft Tiere durch Schächten umbringen, dann sind sie nicht besser als ihre früheren Nazi-Henker, dann zeigen sie den gleichen Überlegenheitswahn gegenüber anderen Lebewesen.“ Ein weitere Kostprobe aus der kranken Gedankenwelt des Überzeugungstäters: „Das Schächten ist ein Massenverbrechen, ein Verstoß gegen die Menschlichkeit, der vergleichbar ist mit den Nazi-Gräueln. Die Opfer sind in beiden Fällen biologisch höhere Säugetiere und deshalb ähnlich leidensfähig.“ Besonders entlarvend ist Kesslers Aufsatz über „Schächten: zur deutschen Neurose gegenüber allem Jüdischen“. Darin heißt es: „In Deutschland ist das Schächten für Moslems verboten, für Juden aber erlaubt - eine Rassendiskriminierung sondergleichen, die niemanden zu stören scheint.“ Juden und Moslems nicht im religiösen Zusammenhang, sondern unter rassistischen Gesichtspunkten zu definieren - das ist starker Tobak.

Tierschützer, die alle Tötungsarten von Tieren als grausam ablehnen und keinen Unterschied erkennen zwischen dem Schächten und dem millionenfachen Rindertod durch den Bolzenschuss, entlarvt der Schweizer Tierschutzpabst als Juden: „Ich habe es schon wiederholt erlebt, dass Tierschützer, die sich gegen alles Mögliche, nur nicht gegen das Schächten, groß einsetzen, das Schächten sogar noch in Schutz genommen und Schächtkritiker angefeindet haben, schlussendlich als Juden enttarnt wurden“, heißt es in einer Kessler-Mail vom 20. Juni 1999.

Der Schweriner Grüne Haferbeck gehört zu den Opfern von Kesslers Verbal-Attacken. Der wortgewaltige Vereinschef bezichtigte seinen Ex-Mitstreiter nach dessen Rückzug vom VgT der Zusammenarbeit „mit einem jüdischen Agenten“. Die wieder per Internet verbreitete Stellungnahme gipfelte in der Frage: „Ist Haferbeck ein jüdischer Name? Juden haben oft merkwürdige Namen.“

Immer mehr Tierrechtler gehen mittlerweile auf Distanz zu Kessler. „Ich vertrete die Auffassung, dass der Vorwurf des Antisemitismus gegen Sie gerechtfertigt ist“, urteilte Markus Schaak vom Verein „die tierbefreier“ nach der Lektüre der Internetseiten des VgT. Kessler hält dagegen: „Ich bin etwa so judenfeindlich wie ich CDU-feindlich bin. Das hat nichts mit Rassismus zu tun, sondern mit meiner Feindschaft gegenüber Tierquälern.“ Für Kessler sind „die tierbefreier“ schlicht „neurotische Antirassismusfanatiker“, deren „Denken höchst rassistisch ist, indem sie bei der Verurteilung von Tierquälern Rücksicht darauf nehmen, was für Gruppierungen die Täter angehören“. Volker Stahl

Zwischenruf**Irving lässt grüßen**

Wenn ein Preis verliehen wird, dann gehören zu dessen Würdigung stets mindestens drei Aspekte: der Preisträger, der Preisverleiher und der Laudator. Sie müssen zusammenpassen, anderenfalls hätte die Angelegenheit keinen Sinn. Zu den Einrichtungen, die alle zwei Jahre einen Preis vergibt, gehört die Deutschland Stiftung e.V. Ihre mit 10.000 Mark dotierte Auszeichnung heißt „Konrad-Adenauer-Preis für Wissenschaft“.

Dem „Ehrenpräsidium“ der Stiftung gehören unter anderen der Ministerpräsident des Freistaates Thüringen Bernhard Vogel, der ehemalige Bundesverteidigungsminister Rupert Scholz und die Germanistin Gertrud Höhler an. Preisträger waren bisher US-General Lucius D. Clay, Verleger Axel Springer, Unionspolitiker Alfred Dregger und Helmut Kohl, also konservative, demokratische Politiker, gegen deren Ehrung nichts einzuwenden ist.

Komplizierter wird es bei einem der Gründer der Stiftung, Kurt Ziesel. Ihm hat die Stiftung laut Bundesverfassungsgericht zu verdanken, dass sie ein „nationalistisches Unternehmen mit einem demokratischen Deckmantel“ genannt werden darf und Ziesel sich bemühe, das „Deutschland-Magazin“ der Stiftung der „National-Zeitung“ von Gerhard Frey anzupassen. Außerdem darf Ziesel als „notorischer Nationalsozialist“ bezeichnet werden. Auf der Preisträgerliste soll in Kürze der Berliner Historiker Ernst Nolte stehen, der 1986 den „Historikerstreit“ vom Zaun gebrochen hat. Nolte ist nicht sicher, ob Auschwitz singulär ist oder durch Stalins GULAG verursacht wurde. Hitler gesteht er das Recht zu, Juden gegenüber misstrauisch zu sein - eine Art Rechtfertigung für die Shoah. Deshalb wird Nolte zu Recht in der „Enzyklopädie des Holocaust“ unter dem Stichwort „Auschwitz-Lüge“ aufgeführt - zusammen mit Leuten wie David Irving, einem „rechtsextremen Pro-Nazi, Polemiker, Antisemit und Rassist, der sich mit Rechtsextremen zusammentut, um den Nazismus zu fördern“. So hat kürzlich ein hohes britisches Gericht Irving beschrieben. Das alles braucht nicht kommentiert zu werden. Dass aber der Chef des Instituts für Zeitgeschichte in München, Horst Möller, Nolte preisen soll, schadet der deutschen Wissenschaft und macht Konsequenzen unausweichlich.

Heiner Lichtenstein

Verfassungsschutz**Signale aus Bayern**

Zu zehn Jahren Haft wegen Körperverletzung mit Todesfolge verurteilte das Traunsteiner Landgericht am 16. Mai den 31-jährigen Roman Glaß. Der rechtsextrem motivierte Täter hatte im vergangenen September aus purem Hass auf Dunkelhäutige den 35-jährigen Carlos Fernando aus Mosambik erschlagen. Die Staatsanwaltschaft, die auf Mord plädiert hatte, legte Revision ein.

Der aktuelle Verfassungsschutzbericht von Bayern weist für 1999 zwar einen leichten Rückgang der rechtsextremistischen Straftaten um 39 auf 970 Delikte aus. Angestiegen sind aber die rechtsextremen Gewalttaten um 40 Prozent auf 56 Vorfälle, darunter 52 Körperverletzungen, wovon 28 aus fremdenfeindlicher Motivation begangen wurden. Von 152 ermittelten Tatverdächtigen waren 119 jünger als 21 Jahre alt. Über 90 Prozent der Gewalttaten wurden von Skinheads begangen, deren Potenzial um 50 auf 650 Personen angestiegen ist. Fast ein Drittel der Skinheads ist im Großraum München beheimatet.

Das rechtsextreme Personenpotenzial ist insgesamt auf 7.970 (8.200) zurückgegangen. Profitieren konnte mitgliedermäßig der bayerische NPD-Landesverband mit einem Zuwachs von 150 Personen. Unter den jetzt 950 Mitgliedern befinden sich nach Einschätzung der Behörde Rechtsextremisten aus Österreich sowie zahlreiche Neonazis und Skinheads. Nicht enthalten in der Zahl sind die etwa 75 Jungen Nationaldemokraten, die sich zu 40 Prozent aus Skinheads zusammensetzten. Die gegenwärtige Situation bei den JN sei aber durch ein geringes Engagement der Basis gekennzeichnet, so die Verfassungsschützer. Die Neonazis haben sich von 180 auf 120 verringert, davon seien 60 in Organisationen verankert. Genannt wird insbesondere neben dem inaktiven Freiheitlichen Volks Block der in der Tradition des verstorbenen Neonazi-Führers Michael Kühnen stehende Freizeitverein Isar 96 e.V., der im Juli eine Veranstaltung mit Horst Mahler durchführte.

Die Republikaner verfügen in ihrem Stammland Bayern nach wie vor über ihren stärksten Landesverband mit 4.200 Mitgliedern (1998: 4.300). Der DVU werden noch 1.800 Mitstreiter (minus 200) bescheinigt. Der Landesparteitag der bayerischen DVU am 16. Januar 1999 in München soll laut dem Bericht zehn Minuten gedauert haben, der Bundesparteitag am selben Tag eine Stunde.

G.N.

Aktivitäten**Braune Finten**

Ein neonazistisches Blatt führte ein Interview mit dem CSU-Politiker Goppel.

Auf den ersten Blick unterscheidet sich die Nr. 9 des „Zentralorgan“, dem bundesweiten Sprachrohr der sogenannten Freien Kameradschaften, kaum von den vorhergegangenen Ausgaben. Offener Antisemitismus, Berichte über NPD-Aufmärsche, Besprechungen rechtsextremer CDs, Hetze gegen politische Gegner im Stil der militanten Anti-Antifa und Verherrlichung der SS finden sich auch in der Frühjahrsausgabe des „Zentralorgan“. Ein Ermittlungsverfahren wegen „gemeinschaftlicher Volksverhetzung“, das zu Durchsuchungen bei Redaktionsmitgliedern in Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern und Beschlagnahme mehrerer hundert Exemplare der Nr. 8 mit dem Titelbild „Juden raus aus Österreich“ geführt hatte, führte offenbar lediglich zu Verzögerungen bei der Erstellung der aktuellen Ausgabe und einer Verlagerung des Redaktionspostfachs von Hamburg nach Ludwigslust.

Wie breit der Aktionsradius des „Zentralorgan“ und seiner Mitarbeiter vor allem aus Hamburger und Berliner Neonazikreisen mittlerweile geworden ist, zeigt sich an Interviews mit dem Vorsitzenden der Preußischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg, Volker Zschape, und mit CSU-Generalsekretär Thomas Goppel. Einmal im Monat veranstaltet die Gesellschaft im Berliner Hotel Hilton Gesprächsrunden mit Gästen aus Wirtschaft und Politik. Im Februar dieses Jahres befanden sich unter den Gästen auch zwei Mitglieder der „Zentralorgan“-Redaktion. Sie nutzten die Gelegenheit, um mit dem ebenfalls anwesenden CSU-Generalsekretär ein Interview zur Spendenaffäre zu führen, das sich in der neuesten Ausgabe des „Zentralorgan“ wiederfindet. Ein Sprecher Goppels bestätigte auf Anfrage, dass er das Interview tatsächlich gegeben habe. Die Mitarbeiterinnen des Blatts seien ihm vom Veranstalter vorgestellt worden und Goppel sei davon ausgegangen, beim „Zentralorgan“ handle es sich um die Publikation der Preußischen Gesellschaft. Erst vor kurzem, so der Sprecher, sei man bei der CSU darüber informiert worden, dass es sich um eine rechtsextremistische Publikation handle. Der CSU-Generalsekretär fühle sich hintergangen und getäuscht, wolle aber keine rechtlichen Schritte einleiten.

Mariella Schwertmüller

Grauzone**„Schwarze Musik“**

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat sich einer ganz speziellen Art von Jugendmusikkultur angenommen: In einer Untersuchung wird herausgestellt, dass es im Bereich „Dark Wave“, „Gothic Rock“ und „Grufti-Musik“ durchaus Übergänge und Verbindungen zu rechtsextremen Strukturen gibt. Dazu Daniela Tandecki, die die Studie in Angriff genommen hat: „Oft liebäugeln die Vertreter solcher Ansichten mit dem rechten Spektrum; oft genug lassen sie keinen Zweifel an ihren Sympathien für faschistisches Denken und Handeln.“

Eine 40-seitige Broschüre gibt Einblick in Grau- und Braunzonen dieser sogenannten „schwarzen Musik“. Gerade das weite Feld mit mystischer und esoterisch-okkulten Kultur bietet international eine Schnittstelle zu Gewaltverherrlichung und Satanismus. Themen wie Alchemie, Tod und Horror haben auch in rechtsextremen Zirkeln ihre Anhänger. Inzwischen ist die „Dark“-Bewegung auch zu einem kommerziellen Faktor geworden. So rechnet man für das 9. Wave-Gotik-Treffen zu Pfingsten in Leipzig mit rund 20 000 Besuchern.

Mit Naturverbundenheit, altertümlichen Schriftzeichen (zum Beispiel Runen) sowie antiklerikaler und heidnischer, auch antisemitischer Einstellung ist schnell eine Brücke zu völkischem Denken geschlagen. Im Internet und Interviews an anderer Stelle wurden bereits Anfang der 90er-Jahre Verbindungen zur Wiking-Jugend und FAP (beide inzwischen verboten) benannt. Diverse Musikgruppen wollen partout (kommerzielle) Aufmerksamkeit erregen. Dazu merkt Tandecki an: „Das Kokettieren mit Nazi-Ästhetik, aber nicht mit Faschismus, mit von Nazis genutzten Symbolen ... die Hasstiraden gegen alle Glaubensrichtungen ... Solches Hin und Her ist fast schon selbstverständlich geworden.“ Einige Metal- und Hardcore Bands verbinden sich mit ihrem militaristischen Gehabe. Die schwedische Gruppe „War“ ist ein Beispiel dafür. Ihre CD war im Cover angereichert mit Original-Kriegsbildern aus dem Zweiten Weltkrieg. Die Gruppe „Feuersturm“ greift auf Luftangriffsfotos in altdeutscher Schrift zurück.

Die Broschüre ist gespickt mit anschaulichen Beispielen und bietet viele Hinweise auf entsprechende Internet-Links, weiterreichender Literatur und andere Quellen.

Horst Freires

D. Tandecki „Nachtsaiten der Musik, 40 Seiten (Konrad-Adenauer-Stiftung, 2000), St. Augustin.

Grauzone**„Revanchismus pur“****Ein Flugblatt des thüringischen BdV-Landesverbandes führte zu einem Eklat.**

Zu einem „Parlamentarischen Abend“, den der Bund der Vertriebenen regelmäßig im thüringischen Landtag veranstalten kann, findet sich ebenso regelmäßig Prominenz aus den Reihen der Regierung und der Opposition ein. In diesem Jahr entfiel jedoch der für Mitte Mai angesetzte Termin. Alle drei Landtagsparteien hatten vom BdV-Landesvorsitzenden Paul Latussek vergeblich eine Entschuldigung für ein BdV-Flugblatt verlangt, das er im Landtag verteilt hatte. Latussek sah keinen Anlass für einen solchen Schrift.

„Der Thüringer Landtag darf dem Landesvorsitzenden des Bundes der Vertriebenen, Latussek, der sich wieder einmal mit purem Revanchismus hervor getan hat, kein Podium geben. Latussek hat sich als Gastgeber disqualifiziert“, erklärte der SPD-Fraktionsvorsitzende Heiko Gentzel. Als „unfassbare Frechheit“ charakterisierte die PDS das fragliche Flugblatt. Einige Forderungen erfüllten möglicherweise den Tatbestand der Volksverhetzung, urteilte ihr innenpolitischer Sprecher Steffen Dittes. Mit anderen Vertriebenenvertretern wolle seine Partei jedoch in Kontakt bleiben. Landtags-Pressesprecher Karl-Eckhard Hahn zog sich auf eine formale Argumentation zurück: Für das Verteilen von Flugblättern sei ungeachtet des Inhalts generell eine Genehmigung der Präsidentin zuständig, die nicht vorgelegen habe.

Um „puren Revanchismus“ handelte es sich bei dem Flugblatt „Was jeder Deutsche wissen sollte“ tatsächlich. „Die Opfer anderer Völker einer verfehlten europäischen Politik dieses Jahrhunderts“ seien „ständig in aller Munde“, beginnt die Schrift. Der „Völkermord an den ostdeutschen Stämmen“ warte weiterhin „auf Heilung“. Da es nach dieser Interpretation Völkermord gleichermaßen auf beiden Seiten gegeben habe, wird nur noch darüber geklagt, es gehörte „sicher zu den dunkelsten Kapiteln deutscher Nachkriegsgeschichte, dass sich große Teile unseres Volkes zu einer unnatürlichen Entsolidarisierung mit den eigenen Opfern haben überreden lassen“.

Als „sachliche Darstellung“ gilt es in dem BdV-Flugblatt, „dass allein der Umfang der Verluste und der gegenüber dem deutschen Volke begangenen

Verbrechen so gewaltig sind“, dass jetzt die „berechtigten Ansprüche“ der Opfer zu unterstützen seien. Deren „detaillierte“ Aufzählung folgt umgehend. „1 Million Frauen, Kinder und Greise wurden Opfer des Bombenterrors“, heißt es beispielsweise. Besonders erbittert ist der BdV über die Amerikaner, „die, obwohl genügend Verpflegung zur Verfügung stand, die deutschen Gefangenen in Erdhöhlen verhungern ließen“. Auch hier habe es sich um „Völkermord“ gehandelt. Es kann kaum erstaunen, dass auch Danzig zu den Gebietsverlusten gerechnet wird. Der Gesamtvermögensverlust summiere sich auf über 700 Milliarden Mark. Folglich wird abschließend ein Junktim zwischen einer „Klärung der Vermögensfragen“ und einem Beitritt ostmitteleuropäischer Staaten zur EU konstruiert.

Es wäre allerdings unangebracht, allein Latussek die Schuld zuzuschreiben. Denn es handelte sich um ein Flugblatt des Landesverbandes, für das dessen Vorsitzender lediglich presserechtlich verantwortlich zeichnete. Alles spricht nämlich dafür, dass Latussek, langjähriger Dozent an der Technischen Hochschule Ilmenau, in seiner Organisation keineswegs isoliert ist. Bei der letzten Landesdelegiertenkonferenz war er mit 98,6 Prozent der 220 Delegiertenstimmen wieder gewählt worden, obwohl er zuvor einen heftigen öffentlichen Konflikt mit dem ehemaligen BdV-Präsidenten Fritz Wittmann gehabt hatte, der Latussek mitgeteilt hatte, er sei nicht länger gewillt, dessen „Kontakte zu extremistischen Gruppierungen zu tolerieren“. Bei der folgenden Bundesversammlung wurde er zwar als Vizepräsident nicht wieder gewählt, doch die Arbeitsgemeinschaft der Landesverbände machte ihn im Juni 1988 erneut zum stellvertretenden Vorsitzenden und verschaffte ihm damit einen Sitz im BdV-Präsidium. Latussek kann also berechtigt reklamieren, für die in seinem Verband organisierten Vertriebenen zu sprechen. Widerstand gegen seinen Kurs in Thüringen wurde bisher nicht bekannt.

Es erstaunt auch kaum, dass sich Landtagssprecher Karl-Eckhard Hahn lediglich zu einer Distanzierung aus formalen Gründen durchringen konnte. Hahn ist Alter Herr der völkischen Deutschen Hochschulgilde, eines kleinen, jedoch einflussreichen Korporationsverbandes, war deren Aktivensprecher. Seit Mitte der 80er Jahre schreibt er für verschiedene Blätter der antidemokratischen Strömung des Konservatismus: „Phoenix“, „Criticón“, „Etappe“ Zu seinen bevorzugten Themenfeldern gehört „Volksgruppenrecht und Minderheitenschutz“.

Andreas P. Zaleshoff

Hintergrund**Aus Sicht der Opfer**

In der „Neuen Synagoge“ in Berlin wird eine sehenswerte Ausstellung über Juden in der Zeit von 1938 bis 1945 gezeigt.

Sie gehört zu den markantesten Teilen der Berliner Silhouette: die 50 Meter hohe und deshalb weithin sichtbare, goldglänzende Kuppel der Neuen Synagoge in der Oranienburger Straße. Bemerkenswert hat sie fast jeder Berlinbesucher schon, und sei aus dem Fenster einer vorbeirauschenden S-Bahn. Aber von Geschichte und heutiger Funktion des so auffälligen Bauwerks wissen selbst manche Urberliner nichts. Viele tippen auf eine Moschee - nicht von der Hand zu weisen in einer Stadt, in der die Moslems die größte nichtchristliche Religionsgemeinschaft bilden, aber schnell zu widerlegen mit dem Hinweis auf den Davidstern an der höchsten Stelle des Gewölbes. Tatsächlich ließ sich Architekt Eduard Knoblauch - der die feierliche Weihe des von ihm entworfenen Gotteshauses zum jüdischen Neujahrsfest 1966 nicht mehr selbst erlebte - vom maurischen Stil der Alhambra in Granada anregen. Die Neue Synagoge war das größte jüdische Gotteshaus in Deutschland.

In ihrem wahrhaft monumentalen Hauptraum gab es 3.200 Sitzplätze. Die Pracht der Ausstattung und die Dimensionen legten Zeugnis von Einfluss, Wohlstand und Größe der Jüdischen Gemeinde in Berlin ab, wo bis 1933 über 160.000 Juden lebten. Noch im September 1938 fanden zu den jüdischen Hohen Feiertagen in fast 50 Synagogen und Betsälen Gottesdienste statt. In der „Reichskristallnacht“ am 9. November 1938, als die Nazis alle Synagogen zu zerstören versuchten und auch in der Oranienburger Straße Feuer legten, vertrieb ein mutiger Mann - Wilhelm Krützfeld, Oberleutnant der Schutzpolizei und Leiter des Reviers Hackescher Markt -, entgegen allen Weisungen „von oben“ die Brandstifter. Er beorderte Löschzüge der Feuerwehr zur Synagoge und bewahrte sie so vor größeren Schäden. Sie wurde später ein Opfer des Bombenkrieges und 1958 wegen Einsturzgefahr bis auf die der Straße zugewandten Gebäudeteile gesprengt. Aus diesen Teilen wurde Ende der Achtziger- bis Mitte der Neunzigerjahre nach liebevoller und aufwändiger Rekonstruktion die „Neue Synagoge Berlin - Centrum Judaicum“. Da die eigentliche Synagoge nicht wieder errichtet

worden ist, dienen die Räume heute für Ausstellungen, Begegnungen, Vorträge und andere Veranstaltungen zur Erforschung und Vermittlung des „jüdischen Erbes“, das nach 1000 Jahren eines - wie immer gearteten - Zusammenlebens auch Bestandteil deutscher Geschichte ist.

All das ist gut zu wissen, um die richtige Einstellung zu der Ausstellung mit dem schlichten Titel „Juden in Berlin 1938 - 1945“ zu finden, die gegenwärtig im „Centrum Judaicum“ gezeigt wird. Sie ist weit mehr als ein historischer Rückblick auf jenen entsetzlichen Abschnitt deutscher Vergangenheit, in dem die Judenverfolgung und -vertreibung in die Judenvernichtung, den Holocaust, überging. Schon der Ausstellungsort vermittelt eine Atmosphäre des Authentischen, die den Betrachter Miterleben und Mitfühlen lässt. Hier waren der Sitz und die Arbeitsräume der Jüdischen Gemeinde bis zu ihrer erzwungenen Auflösung am 29. Januar 1943. Im Repräsentantensaal, der zur Ausstellung gehört, wurden am 29. Oktober 1942 bei einem „Appell“ 500 Gemeindeangestellte zur Deportation bestimmt, sagte Hermann Simon, Direktor der Stiftung „Neue Synagoge Berlin - Centrum Judaicum“, bei der Eröffnung.

Das Besondere an dieser Ausstellung ist die Darstellung des Geschehens ausschließlich aus der Sicht der Opfer. Aus diesem Grunde sieht man manches bemerkenswerte Dokument hier zum ersten Male. Wie anrührend es ist, in der Schrift eines noch nicht Erwachsenen den Lebenslauf des Waisen Hans Rosenthal zu lesen, der die Trennung von seinem so an ihm hängenden Bruder beklagt. Er hat ihn nie wieder gesehen. Der später als Showmaster berühmt Gewordene lebte ab 1943 illegal in der Laubenkolonie „Dreieinigkeits“ in Lichtenberg, wo ihn Bekannte unter Einsatz ihres Lebens verbargen und versorgten. Illegal zu überleben war eigentlich unmöglich. Man brauchte „Massetow“, viel Glück, musste Papiere fälschen können, ein sicheres Versteck und vor allem selbstlose Freunde haben. Zu den Exponaten gehört ein geradezu rührend primitiver „Ersatzausweis“, den sich Erna Lietz selbst ausstellte und der nur dadurch „wirkte“, dass ihr ein befreundeter Schutzpolizist ein großes Dienstsiegel draufdrückte.

In einer anderen Vitrine entdeckte man den in fehlerfreiem Deutsch handgeschriebenen Antrag des Polen Marcel Reich vom 10. März 1938 auf Immatrikulation an der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität. Der Antrag wurde

am 4. April von einer „Reichszentralstelle“ abgelehnt. Marcel musste eine Lehrstelle antreten und wurde am 27. November zusammen mit den anderen polnischen Juden in einem plombierten Zug nach Warschau abtransportiert. Lange Jahre vergingen, bis aus ihm der angesehene und gefürchtete Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki wurde. Vom Schicksal der „arisierten“ Zigarettfabrik und der Familie Garbatty berichten Dokumente, in denen gigantische Summen genannt sind, mit denen sich die Garbattys freikaufen konnten. Ihre polizeiliche Anmeldung trägt das Datum 28. Dezember 1938. Alles in allem gelang es bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges 80.000 Berliner Juden, in ein Exilland zu kommen. Für die Hälfte der Berliner Judenheit blieb dieser Weg verschlossen, ihre Situation verschlimmerte sich beinahe täglich. Die Exposition widmet eine ihrer 15 „Stationen“ den ungezählten antijüdischen Verordnungen, mit denen die in Deutschland Festgehaltenen gequält, gedemütigt und in den Selbstmord getrieben werden sollten. Aber auch von den „Greifern“ wird zum ersten Mal in einer Ausstellung offen gesprochen, von der blonden Stella Kübler und weiteren 15 bis 20 jüdischen Kollaborateuren, die im Auftrag der Gestapo Jagd auf Illegale, auf „U-Boote“, machten und Dutzende von Menschenleben auf ihr Gewissen luden, um das eigene Leben zu retten. Im Original kann man ein rot umrandetes Fahndungsblatt nach dem Gestapoagenten Rolf Julius Isaaksohn aus dem Jahre 1946 sehen.

„Papa! Sind abgeholt, Komme sofort nach zur Gr. Hamburger. Klaus und Mama“, heißt es auf einem von Kinderhand geschriebenen Zettel aus dem Jahr 1941. In diesem Falle konnte der Vater tatsächlich helfen. Er war ein Angestellter der Gemeinde, auf dessen organisatorische Dienste die Gestapo bei der Zusammenstellung der Transporte angewiesen war. Deshalb wurde der Abtransport der Familie zurückgestellt. Später kamen alle drei in das KZ Theresienstadt, überlebten aber. Bewundernswert, dass aller Gefahr zum Trotz auch jüdische Widerstandsgruppen arbeiteten, von denen man in der Ausstellung erfährt.

„Ihre Namen mögen nie vergessen werden“ ist der Untertitel des „Gedenkbuches Berlins der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus“, das von „Centrum Judaicum“ geführt wird und immer wieder ergänzt werden muss. In einer Installation in der Ausstellung kann man die Namen von 50.576 Juden lesen. Dazu kommen die 4641 bisher bekannten Namen von sechs- bis achttausend Juden,

die die Zeit der Verfolgung überlebt haben. Nichts wird hier nur behauptet, alles ist dokumentarisch belegt, kann über Audio- und Videostationen in Deutsch und Englisch studiert werden. Auch deshalb lohnt ein Besuch, nicht zuletzt als Schule für die schwer Belehrbaren weit über den Kreis der Neonazis hinaus, die darauf beharren, alles sei nicht so schlimm gewesen und werde übertrieben, um Deutschland in Verruf zu bringen. Wer aus der „Neuen Synagoge“ kommt, wird es besser wissen. Er hat ein Stück politischer Bildung mit Hilfe der Wahrheit hinter sich. Deshalb ist schwer zu verstehen, wenn Hermann Simon seinen Dank an die Leihgeber und die Stiftung Deutsche Klassenlotterie mit der Bemerkung verbinden muss, ohne deren Hilfe wären die Ausstellung und das Begleitbuch nicht realisierbar gewesen. Wo überall in diesem Lande finden sich trotz eiserner Sparsamkeit gefüllte Fördertöpfe! Aber das „Centrum Judaicum“ bekundet: „Wir sind eine sehr arme Institution, derer Mittel vorne und hinten nicht reichen, wir sind arm wie eine Synagogenmaus, ein eigentlich unhaltbarer Zustand.“ *Ralf Bachmann*

Seitenblick

Die Macht der Worte

Unter den Nazis gleichgeschaltet, machten dann besonders Remigranten den Rundfunk zum demokratischen Medium.

Zwei Zitate markieren die Spannweite des Themas. Am 17. März 1933, vier Tage nach seiner Ernennung zum Chef des neugeschaffenen Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, notiert Joseph Goebbels in sein Tagebuch: „Der Rundfunk...befindet sich ausschließlich in den Händen des Reichs. Die ewige Zwischenschaltung ist abgestellt; somit haben wir eine Führung gewährleistet.“ Fast auf den Tag 14 Jahre später schreibt der Schriftsteller Alfred Döblin, 1933 zur Emigration gezwungen und seit November 1945 in Baden Baden als Angestellter der französischen Militärverwaltung tätig, in einem Beitrag für die erste Ausgabe der neuen Radiozeitschrift „Funkwelt“: „Das Radio ist der demokratische Apparat par excellence. Gegen seine Macht kann sich à la longue keine Häuslichkeit schützen...Demokratie, dein Mund heißt Radio. Nun, dabei braucht der Einzelne und die Einsamkeit noch lange nicht vor die Hunde zu kommen. Drehe ab, mein Sohn!“.

Rundfunk als gleichgeschaltetes Instrument der politischen Führung und Indoktrination oder als demokratisch verfasstes Medium der Information und Aufklärung, das man auch abschalten kann - zwischen diesen beiden Polen bewegt sich die Wanderausstellung, die der Arbeitskreis selbständiger Kulturinstitute unter Federführung der Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv Frankfurt am Main - Berlin/Potsdam und in Zusammenarbeit mit der Stiftung Archiv der Akademie der Künste Berlin erarbeitet hat: „Rückkehr in die Fremde? Remigranten und Rundfunk in Deutschland 1945 bis 1955“ lautet das Thema dieser ungewöhnlich lehrreichen Ausstellung, die in Berlin ihren Anfang genommen hat und bis Frühjahr 2002 in Bonn, München, Frankfurt/Main, Magdeburg, Dresden, Stuttgart, Göttingen, Hamburg und Lorsch gezeigt wird.

Ein Thema der deutschen Nachkriegsgeschichte also, das bisher nur Spezialisten beschäftigt hat, hier jedoch anhand zahlreicher neuer audiovisueller Dokumente, die vom Hörfunk und Fernsehen der DDR archiviert worden waren und jetzt zur Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv in Berlin/Potsdam gehören, für eine breite Öffentlichkeit aufbereitet wurde. Gegliedert wird es in 13 Kapitel, denen jeweils eine Zeittafel vorangestellt ist. Das Material bilden Texte, Fotos und Dokumente; als Blickfang dient ein zeitgenössisches Radiogerät.

Die Ausstellung beginnt mit dem „Volksempfänger VE 301“ - 301 steht für den 30.1., den Tag der Machtergreifung - von dem bis Ende 1939 vier Millionen Exemplare vertrieben wurden, und sie endet mit Dieter Rams' berühmten Braun-SK-Radiosuper, exemplarisch für das von der Ulmer Hochschule für Gestaltung geprägte fortschrittliche Designideal der fünfziger Jahre. Zu den einzelnen Kapiteln der Ausstellung können insgesamt 21 Tondokumente angehört werden. Die Auswahl reicht dabei von der Ansprache Joseph Goebbels an die Intendanten und Direktoren der Rundfunkgesellschaften über die zukünftige Arbeit und Gestaltung des deutschen Rundfunks am 25. März 1933 bis zu Johannes R. Bechers Rede auf dem Ersten Deutschen Schriftstellerkongress am 7. Oktober 1947.

Am Beginn steht die - von Entlassungswellen und einem Schauprozess gegen führende Mitarbeiter begleitete - Gleichschaltung des Rundfunks durch die NS-Behörden: „Nun ist im Rundfunk der größte Dreck ausgeräumt“ konnte „Reichssendeleiter“ Eugen Hadamovsky bereits am 12. August 1933 verkünden. Es folgt die Darstellung der Mitarbeit

deutscher Emigranten als Autoren, Sprecher, Übersetzer und Regisseure an mehr als 100 ausländischen Radiostationen, kontrastiert mit der Situation des Rundfunks in Deutschland: Verbot nach Kriegsbeginn, ausländische Sender zu hören; Verstöße wurden mit Gefängnis-, Zuchthaus- und sogar Todesstrafe geahndet: „Gebrauche“, so das siebte der „Zehn Gebote gegen Flüsterpropaganda“, niemals das gefährliche Wort 'etwas Wahres wird schon dran sein'. Wer es gebraucht, ist schon angesteckt.“

Die folgenden Kapitel widmen sich ausführlich der Nachkriegssituation: die sich an Thomas Mann entzündende „Große Kontroverse“ zwischen der äußeren und der inneren Emigration, die Mitarbeit von Remigranten an Rundfunkstationen in Ost und West und deren Situation in der beginnenden Konfrontation des Kalten Krieges, der davon geprägte Erste Deutsche Schriftstellerkongress vom 4. bis 8. Oktober 1947 in Berlin, die Auseinandersetzungen um die Teilnahme Thomas Manns an den Goethe- und Schillerfeiern 1949 und 1955 - dies sind nur einige der Themen, die vergegenwärtigt werden.

Der Rundfunk bildet zwar den roten Faden der Darstellung; behandelt wird indessen, was für den Zusammenhang wichtig ist, auch wenn es seinen Niederschlag nicht unbedingt in Radiosendungen gefunden hat. So wird zum Beispiel aus seinem Nachlass dokumentiert, welche zustimmende Resonanz der Lippoldsberger Nationaldichter Hans Grimm gefunden hat, als er in seinem unsäglich gestelzten Offenen Brief an die Deutsche Schillergesellschaft am 24. April 1955 seinen Austritt als Reaktion auf die Einladung Thomas Manns als Redner auf der Feier zum 150. Todestag Friedrich von Schillers erklärte: „An Schillers 150. Todestag“ schreibt Frau F.C. am 1. Mai 1955 aus Tübingen, „werde ich den Schundroman des Herrn Festredners 'Bekenntnisse des Hochstaplers Felix Krull' im Namen vieler Gleichgesinnter feierlich verbrennen.“ Und ein Studienrat R.H. aus Hameln, der „Mit ergebenem Gruß“ schließt: „Der internationale Jude Thomas Mann aus Amerika soll hier vor dem deutschen Volk am 8.V. die Schiller-Gedenkrede halten. Abkehr und Verachtung ob solchen Menschen und solcher Gesellschaft, die eine solche Rede benötigt!“

Theo Meier-Ewert

Unentbehrlich ist das gleichnamige Begleitbuch zur Ausstellung (Vistas Verlag, Berlin, Bonn, Frankfurt am Main: 2000, 192 Seiten, 32 Mark, ISBN 3-89158-269-2; eine CD mit 17 Tondokumenten ist für 10 Mark erhältlich; Buch und CD zusammen kosten 39 Mark).

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten**

„Junge Freiheit“ (JF), 15. Jg., Nr. 20-22/2000: Heinrich Lummer merkt zum 55. Jahrestag des 8. Mai an, dass die Deutschen nicht befreit wurden, da man ihnen „die Last der Schuld und geschichtliche Verantwortung aufgebürdet hat“. Im Übrigen dürften nach 55 Jahren Befreite „nicht mehr zur Kasse“ gebeten werden. Chefredakteur Dieter Stein erinnert an den von Rechten initiierten Appell „Wider das Vergessen“ - gegen den 8. Mai als Tag der Befreiung - und plädiert für Schutz vor Verleumdung und das Gedenken jener Soldaten, die bis zum Schluss nicht fahnenflüchtig wurden (20/00). Michael Wiesberg attackiert die antirassistischen Initiativen der EU als Bevormundung. Die EU bewege sich „in Richtung Erziehungsdiktatur“, was auch die Stigmatisierung Österreichs zeige. Horst Übelacker, Vorsitzender des Witikobundes, meint, dass „Polen und die Tschechische Republik, aber auch die souveränitätsbeschränkende EU“, die Österreich das Selbstbestimmungsrecht verwehre, von der Staatengemeinschaft als „Rechtsbrecher“ in die Pflicht genommen werden müssten. Für Tschechien bestehe ohne „ernsthaften Versuch einer Wiedergutmachung“ eine „Eintrittssperre“, da sonst die europäische Rechtskultur beschädigt werde. Franz Neubauer von der Sudetendeutschen Landsmannschaft beklagt mangelnde Unterstützung der Vertriebenen durch die Bundesregierung (22/00). Kopfschütteln erzeugt bei Dieter Stein die Rede von Bundespräsident Johannes Rau: Wie sollten Ausländer integriert werden, wenn für viele Deutsche die eigene Nation nicht mehr existierte? (21/00) Mit einer ganzseitig platzierten Anzeige hetzen die Deutschen Konservativen gegen die „doppelbödiges Moral der rot-grünen Schröder-Regierung und der sozialistisch dominierten Europäischen Gemeinschaft“. Werner Olles mahnt für die deutsche Rechte „eine wahrnehmbare, attraktive und plurale Strömung wider den herrschenden Zeitgeist“ an, die sich dem System entgegenstelle (21/00). Lummer appelliert an die deutschen Unternehmer, nicht dem Entschädigungsfonds beizutreten. Er frage sich, ob die Zwänge der Zwangsarbeiter so bedeutungslos waren, da die Forderungen erst nach 50 Jahren erhoben wurden. Die Deutschen sollten wieder einmal zur Rechenschaft gezogen werden, dahinter steckten „Amerikaner jüdischer Abstammung“, die „den Holocaust als identitätsstiftendes Ereignis“ mobilisierten (22/00). (gn)

„Nation&Europa“ (NE), 50. Jg., Heft 5/2000: Schwerpunkt ist die Auseinandersetzung mit der Rolle der USA unter dem Titel „USA: Weltherrschaft durch Globalisierung“, der an gewohnte Verschwörungstheorien anknüpft. Das Thema wird eingeführt mit einem grundsätzlichen Bericht über die Weltmächte im 20. Jahrhundert (Karl Richter), von denen nur die USA übrig geblieben seien, ihre Rolle sei angesichts des Aufstiegs von China und dem Wiederaufstieg von Russland künftig nicht unbestritten. Die Geschichte der Nachbesetzung des IWF-Direktors („Washington überspielt Berlin“) wird als ein zweites Beispiel der Bevormundung genannt, bei der sich aber auch gezeigt habe, „wie porös die Einigkeit der Europäer“ sei. Als Beleg dafür, dass die Globalisierung, wie von Jimmy Carters Sicherheitsberater Brzezinski entwickelt, bei dem „patriotischen Flügel“ der USA abgelehnt werde, dient eine Rede von Pat Buchanan („Nein zur neuen Weltordnung“), dem möglichen Präsidentschaftskandidaten der Reformpartei Ross Perots. Es fügt sich hieran eine Bewertung des Kosovo-Krieges (Roland Wuttke: „Nun platzen die Lügen“), wobei sich ein beliebiges Rechtsverständnis der Machthaber gezeigt habe; letzteres hätten Milosevic und Saddam Hussein ebenso spüren müssen wie Jörg Haider oder Christoph Blocher. Reinhard Uhle-Wettler kommentiert das Bundeswehrurteil des EuGH („Die Frau als Todesengel?“) und verweigert sich „dem Zeitgeist“ unter Berufung auf die „Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs“ in Gestalt der „Bewahrung des Weiblichen“. Das reaktionäre Frauenbild wird mit dem Vorwurf belegt vom „Versagen der Frau von heute ...“, (das) Gegenbild des technischen Mannes“ zu entwickeln. Schuld daran sind die 68er, die auch bei dem (erneuten) Versuch zur Erneuerung von rechts (Roland Wuttke „Bewegung statt Partei“) als Urgrund allen Bösen erscheinen; wichtige Forderungen (Familie; Erziehung; nationale Identität und Souveränität; Entwicklung einer Strategie gegen die Globalisierung) würden von den „Systemparteien“ nicht mehr vertreten, was „immer mehr Menschen erkennen“. Eher als Beitrag zur Werbung für den NE-Buchdienst dient offenbar Claus Nordbruchs Beitrag „Werden ihm die Kinder genommen - Hexenjagd auf Frank Rennicke“. („Rennicke ist anders als der Kommerz. Viel besser. Und deutsch.“) Harald Neubauer polemisiert gegen die Rolle der CDU bei der Entschädigung von NS-Fremdarbeitern. Franz Schönhuber reflektiert das Schicksal von Bayern- und Deutscher Partei als nationale Hilfstuppe von CDU/CSU, den Republikanern drohe als „Selbstfaller“ dasselbe Schicksal. (khr)

Bücherschau**Lauter Antifaschisten**

Es ist eine viel bemühte Behauptung: Wenn auch vieles an der DDR verurteilenswert gewesen sei, so sei es dem sozialistischen Deutschland doch immerhin gelungen, nach dem Dritten Reich einen saubereren antifaschistischen Weg einzuschlagen als die Bundesrepublik. Wo im Westen nach den Nürnberger Prozessen weiterhin furchtbare Juristen, Ärzte oder Parteifunktionäre das Sagen gehabt hätten, so heißt es gerne, habe man in der DDR nach 1945 immerhin Ernst gemacht mit der Entnazifizierung.

Dass viele dieser bis heute oft wiederholten Statements in das Reich der Mythen gehören, weisen Annette Leo und Peter Reif-Spirek jetzt mit ihrem Sammelband „Helden, Täter und Verräter - Studien zum DDR-Antifaschismus“ nach. Zehn Autoren, die meisten von ihnen Historiker, beschäftigen sich aus den verschiedensten Blickwinkeln mit dem Umgang mit der Nazi-Zeit und dem Antifaschismus in der DDR.

Sie alle kommen - wenn auch auf unterschiedlichen Wegen - zu demselben Ergebnis: Vieles Positive wurde vorgetäuscht - und in mancher Hinsicht gleichen die Muster der (Nicht-)Entnazifizierung sogar denen in der BRD. Oder, wie es die Herausgeber in der Einleitung formulieren: „Der antifaschistische Konsens hatte bis hinein in kritische und oppositionelle Kreise der DDR-Intellektuellen gewirkt. Es handelte sich zweifellos um eine wichtige Grundüberzeugung der DDR-Gesellschaft. Andererseits war jedoch kaum zu übersehen, dass diese Haltung mehr Glaube als Wissen und seltsam abgetrennt von der Wirklichkeit. (...) war.“

Zu dieser Wirklichkeit nämlich gehörte außer dem alles andere als antifaschistischen Umgang mit jenen im Dritten Reich verfolgten Kommunisten, die sich auch mit der SED-Diktatur nicht solidarisieren wollten auch die stillschweigende Aufnahme ehemaliger Funktionäre in die SED. Diesem bisher wenig beachteten Thema widmet der Potsdamer Historiker Jürgen Danyel ein Kapitel, in dem man unter anderem nachlesen kann, dass in den 50er-Jahren geschätzte 25 Prozent der Parteimitglieder ehemals organisierte NS-Anhänger waren; immerhin acht Prozent waren demnach einst in der NSDAP gewesen.

Andreas Herbst beschäftigt sich mit der Flucht zahlreicher Repräsentanten jüdischer Gemeinden zu Beginn der 50er-Jahre. Anhand verschiedener Einzelbiografien zeichnet er nach, wie eine Reihe stalinistischer Schauprozesse in der Tschechoslowakei sowie die Aufdeckung einer vermeintlichen zionistischen Verschwörung in Moskau auch in der DDR zu einer wahren „jüdischen Fluchtbewegung“ führte. Herbst weist nach, wie der - von Moskau gesteuerte - Antizionismus in der DDR immer weniger von antisemitischen Tendenzen zu trennen war. Das führte dazu, dass in der DDR die jüdischen Gemeinden - anders als in der Sowjetunion - zwar fortbestanden, aber bis zur Wende zu einem Schattendasein verdammt wurden, auch wenn es in der DDR immer wieder führende Partei- und Regierungsmitglieder gab, die sich um Schadensbegrenzung bemühten. Insgesamt, so sein Resümee, sei es „unentschuldig, dass der Antisemitismus-Antizionismus nur wenige Jahre nach dem Holocaust in einem deutschen Staat, der sich als antifaschistisch definierte und vorgab, die braune Vergangenheit bewältigt zu haben, zeitweilig Bestandteil offizieller Politik wurde.“

Eins der beeindruckendsten Kapitel des Buches liefert die Herausgeberin Annette Leo mit der Beschreibung ihrer Besuche bei mehreren politisch unliebsam gewordenen ehemaligen KZ-Häftlingen. Leo schildert unter anderem ihr Zusammentreffen mit dem 84-jährigen Ewald Kaiser, der nur wenige Jahre nach seiner Befreiung aus dem KZ Sachsenhausen in der DDR zu Unrecht verurteilt und ins Zuchthaus gesteckt wurde. Kaiser, nach der Teilung Deutschlands zunächst führender KPD-Funktionär in Westdeutschland, wurde nach einem Eklat mit der Parteiführung nach Ost-Berlin beordert und dort wenig später verhaftet. Seine Ehefrau verblieb über 20 Monate ohne ein Lebenszeichen in Düsseldorf, bis sie sich in einer wahren Odyssee auf die Suche nach ihrem Mann begab. Kaiser wurde entlassen, jedoch nie offiziell rehabilitiert; auch nach mehreren Jahrzehnten bricht er immer wieder weinend zusammen, als er seine Geschichte - und auch das nur in Auszügen - erzählt.

Mit ihrem Sammelband ist es den Herausgebern sicher nicht gelungen, eine umfassende Analyse eines ausufernden Themas zu liefern. Was ihnen aber sehr wohl gelungen ist, ist, einige bezeichnende Schlaglichter auf ein immer noch unterbelichtetes Thema zu werfen.

Jeannette Goddar

Annette Leo, Peter Reif-Spirek: Helden, Täter und Verräter - Studien zum DDR-Antifaschismus, 232 Seiten, Berlin 1999

Meldungen**Inland**

■ **Ansbach** - Der 1994 vom Schuldienst suspendierte Nürnberger Deutsch- und Geschichtslehrer Hans-Jürgen Witzsch wurde vom Ansbacher Verwaltungsgericht endgültig aus dem Schuldienst entfernt. Der 60-jährige ehemalige Oberstudienrat war wiederholt wegen revisionistischer Äußerungen negativ aufgefallen. Im Februar 1996 hatte ihn das Amtsgericht Fürth wegen Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu einer viermonatigen Bewährungsstrafe verurteilt (vgl. BNR 5/96). Die Berufung Witzschs war vom Landgericht Nürnberg im Juli des selben Jahres verworfen worden. Witzsch war bereits 1981 - er war zu der Zeit noch CSU-Stadtrat in Fürth - erstmalig vom Dienst suspendiert worden. Sieben Jahre später - in der Zwischenzeit hatte sich die CSU von ihm getrennt - kehrte er in den Schuldienst zurück.

■ **Berlin** - Die Zahl rechtsextremistischer Straftaten ist in den ersten vier Monaten dieses Jahres auf 562 angestiegen (Vergleichszeitraum 1999: 532). Im April wurden 134 rechtsextremistisch motivierte Straftaten bekannt, darunter 21 Angriffe gegen Personen. Dies teilte die Bundesregierung auf eine Anfrage der PDS-Abgeordneten Ulla Jelpke mit. Drei Angriffe gegen Personen passierten danach in Baden-Württemberg und in Niedersachsen, fünf Vorfälle gab es in Nordrhein-Westfalen. Je ein Brandanschlag war in Bayern und Nordrhein-Westfalen zu verzeichnen.

■ **Berlin** - Die sogenannten „offenen Foren“, die die in Berlin erscheinende Tageszeitung „Die Welt“ im Internet unterhält, werden seit Wochen von Neonazis als Propaganda- und Agitationsmedium missbraucht. Insbesondere im Forum „Welt offen“ äußern sich Teilnehmer rechtsextrem und antisemitisch. Unter dem Screennamen setzte am 23. Mai ein „Enzo“ in bekannter Goebbel'scher Manier („Der ewige Jude“) Juden mit Ratten gleich: „Wo Ratten auch auftauchen, tragen sie Vernichtung ins Land, zerstören sie menschliche Güter und Nahrungsmittel. Auf diese Weise verbreiten sie (die Ratten) Krankheiten, Pest, Lepra, Typhus, Cholera, Ruhr u.s.w. Sie sind hinterlistig, feige und grausam und treten meist in großen Scharen auf. Sie stellen unter den Tieren das Element der heimtückischen, unterirdischen Zerstörung dar - nicht anders als die Juden unter den Menschen.“

■ **Fulda** - Regen Zulauf hatte der Bundesparteitag des 1994 gegründeten Bund Freier Bürger (BFB), der am 20. Mai in Fulda stattfand. Angereist waren unter anderen Rolf Schlierer (Republikaner), Heinrich Lummer (Die Deutschen Konservativen), Johannes Freiherr von Campenhausen (Deutsche Partei), Alfred Mechtersheimer (Deutschlandbewegung), Thomas Nissen (Aufbruch 99 Hamburg) sowie Vertreter von Organisationen und Parteien wie Witikobund (Rudolf Übelacker) und DSU. Aufgrund der katastrophalen Wahlergebnisse und des hohen Schuldenberges in Höhe von 5,9 Millionen Mark beschlossen die BFB-Delegierten auf Antrag des Parteivorsitzenden Heiner Kappel, ihre Partei noch vor Jahresende aufzulösen. Wörtlich heißt es in dem Antrag: „Die finanzielle, organisatorische und personelle Situation“ des BFB „lässt eine Fortsetzung der Partei unter der Erwartung politischer Wirksamkeit zugunsten der Zukunft Deutschlands nicht zu.“ Während der REP-Bundesvorsitzende Rolf Schlierer eine mögliche Kooperation bei dem für den 3. Oktober 2000 geplanten Zusammenschluss mehrerer rechter Gruppierungen zusicherte, äußerte Alfred Mechtersheimer seine Skepsis hinsichtlich einer Zusammenarbeit mit den Republikanern, da deren Name „in der Wahrnehmung des Wählers verbrannt“ sei. Stattdessen kündigte Mechtersheimer - im Verbund mit Harald Neubauer - die Gründung einer eigenen Gruppe noch im Monat Juni an.

■ **Hamburg** - Die Polizei sucht per Haftbefehl das aus Sachsen stammende Ehepaar Angelika und Martin Geidel. Beide wurden 1993 in die Bezirksversammlung von Hamburg-Harburg als Vertreter der Republikaner gewählt. Ein Jahr später verließ das Duo mit Helmut Jackstell die Partei und bildete eine eigenständige Fraktion, die UFH für Unabhängige Fraktion Harburg. Das dortige Bezirksamt stellte jetzt fest, dass damalige Fraktionsgelder an die UFH nicht korrekt abgerechnet wurden. Man geht von Unterschlagung eines Betrages in Höhe von rund 45 000 Mark aus. Die Kassengeschäfte führte seinerzeit Angelika Geidel. Die ehemalige Fraktionsvorsitzende der Republikaner wurde inzwischen auch der Urkundenfälschung überführt. Mit ihrem Mann hatte sie eine Vermieter-Unterschrift gefälscht. Das Paar ist seit einigen Jahren wie vom Erdboden verschwunden und nun bundesweit zur Fahndung ausgeschrieben.

■ **Hamburg/Berlin/Wien** - In ganzseitigen Anzeigen in der österreichischen Tageszeitung „Die Presse“ (17. Mai) und in der „Jungen Freiheit“

attackieren Die Deutschen Konservativen e.V. (Hamburg) die rot-grüne Bundesregierung: „Schmutzkübel gegen Jörg Haider, aber Liebeschwüre für Castro.“ Angaben des Vereinsvorsitzenden Joachim Siegerist zufolge sei die FPÖ über die Schaltung der Anzeige in der „Presse“ (Kosten: 135.900 Schilling) informiert gewesen. Eine der nächsten Aktivitäten des Vereins ist die Reise ins Baltikum vom 3. bis 13. August (Reisepreis im Einzelzimmer: 3.925 Mark). Auf dem Programm stehen unter anderem: „Deutsche Geschichte, Natur 'pur' - wie es sie in Deutschland nicht mehr gibt ... Treffen mit ehemaligen 'Legionären' der früheren Deutschen Wehrmacht, Riga, Vilnius, Tallinn. Feier in unserer Soldaten-Kapelle, Ehrung der gefallenen Wehrmachts-Soldaten“. Siegerist schwärmt abschließend in seinem Einladungsschreiben: „Eine Reise in die deutsche Vergangenheit, die schöner kaum sein könnte.“

■ **Kleinjena** - Am 7. Mai beging die DVU-Abspaltung Freiheitliche Deutsche Volkspartei - Die Freiheitlichen in Deutschland (FDVP) in Kleinjena ihren ersten Bundesparteitag. Unter den 100 anwesenden Personen befanden sich unter anderen Joachim Nestler (Deutsche Aufbau-Organisation; zuvor 1.Stellvertreter im Bundesvorstand der Freiheitlichen Partei Deutschlands) und der Dessauer Bauunternehmer Frank Boskugel. Eine Grußbotschaft der Sudetendeutschen Landsmannschaft überbrachte deren Mannheimer Funktionär Frank Nowak, der zeitweilig der Deutschen Liga für Volk und Heimat angehörte. Eigenangaben der FDVP-zufolge verfügt die vor drei Monaten gegründete „moderne, basisdemokratische, national-freiheitliche Volkspartei“ derzeit über sieben funktionstüchtige Kreisverbände. Bundesvorsitzende der FDVP ist Claudia Wiechmann; Stellvertreter sind Helmut Wolf, Peter Reffert, Stefan Wiechmann, Roman Gleßner und Claus-Dieter Weich. Das Amt des Bundesschatzmeisters übt Thomas Seyffarth aus, stellvertretende Bundesschatzmeisterin ist Katja Erben. Zur Bundesschriftführerin gewählt wurde Annette Bilkenroth, Stellvertreterin: Marita Schäfer. Als Beisitzer gehören dem Vorstand an: Hans-Gerald Frohnert, Uwe Kopp, Wolf-Gerald Voß, Kai-Uwe Weiße, Harald Wiechmann, Martin Schroedter, Thomas Kühne.

■ **Köln** - Zu den durch den Tod des Amtsinhabers notwendig gewordenen Oberbürgermeisterwahlen am 3. September in der Domstadt will auch eine angeblich überparteiliche Neugründung, die Bürgerbewegung Pro Köln e.V., einen eigenen Kandi-

daten präsentieren. Der von ihr dazu auserkorene Versicherungsmakler Stephan Flug (Jahrgang 1967) ist allerdings ein alter Bekannter von der extremen Rechten. 1998 kandidierte er für die Republikaner auf Platz 13 der Landesliste Nordrhein-Westfalen zum Bundestag. Seit 1999 schreibt er regelmäßig für die einschlägige „Opposition“ und plant eine Buchveröffentlichung. Nachdem Uschi Winkelsett bei der regulären OB-Wahl im September 1999 mit 0,9 Prozent kläglich gescheitert war, versucht die extreme Rechte jetzt offenbar über eine Tarnliste ihr Glück, wobei Flug der radikaleren Fraktion zugerechnet wird.

■ **Mainz** - Auf nicht ungeteilte Zustimmung stößt die derzeitige vorsichtige Annäherung der Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) an die NPD. So beschwerte sich ein Leser der „HNG-Nachrichten“ in der aktuellen Mai-Ausgabe über den dem vorhergehenden Heft beiliegenden „Packen NPD-Propaganda“ mit den entrüsteten Worten: „Was soll das???“ Ebenfalls in der April-Ausgabe befanden sich mehrere Terminhinweise auf NPD-Veranstaltungen. Die HNG-Vorsitzende Ursel Müller gehörte der NPD in der Vergangenheit für einige Jahre an. 1972 wurde sie zur stellvertretenden NPD-Kreisvorsitzenden von Mainz gewählt.

■ **Miesbach** - Im Diskussionsforum des ultra-rechten Konservativen Gesprächskreises Hannover e.V. (KGH; Vereinsregisternummer beim Amtsgericht Hannover 7016) meldete sich am 15. Mai Michael Krämer aus Miesbach, Regionalbeauftragter des Friedenskomitees 2000 für die Deutschland-Bewegung, zu Wort. Der KGH-Leserschaft, deren Mailingliste derzeit 314 Mitglieder (unter anderem REP-Chef Rolf Schlierer) umfasst, teilt Krämer, einst Kameradschaftsführer der Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten und späterer FAP-Funktionär folgendes mit: „Ich finde es auf Dauer ermüdend, mit Gleichgesinnten zu diskutieren. Ich bin mehr der Typ Horst Wessel, der sich mit seinen Gegnern Wortgefechte liefert. Sie finden mich in den Foren der CDU, FDP und PDS.“ In einer weiteren Mitteilung gibt Krämer preis, dass er in den angegebenen Foren der demokratischen Parteien unter anderem mit dem Pseudonym „KingKong“ zugange ist, da er unter seinem Realnamen zum Beispiel bei der PDS ausgeschlossen worden sei. Auch in den Diskussionsforen der Bundes-CDU und mehrerer CDU-Landesverbände soll Krämer nach Eigenbekunden zugegen sein.

■ **Neumünster** - Auf Nachfrage des NDR bestätigte jetzt der Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein, dass er die Neumünsteraner Baufirma Tobau im Visier hat. Das Abbruchunternehmen der Familie Tobien bietet unter anderem auch Sprengungen an. Auf dem Gelände der Firma wurden mehrfach Neonazis gesehen. Außerdem wurden Fahrzeuge des Unternehmens als Transporter für Aktivitäten bei Demonstrationen und anderen Aktionen benutzt. Auch beim Neonazi-Treffpunkt Norddeutschlands, dem „Club 88“ wurden „Tobau“-Kfz gesehen.

■ **Nürnberg** - Im Zuge des anhaltenden Zerfalls der rechtsextremen Republikaner hat nun auch der Nürnberger Autor Manfred Ritter die Partei des glücklosen Bundesvorsitzenden Rolf Schlierer verlassen. Das langjährige bayerische Landesvorstandsmitglied trennte sich von den REP mit dem Hinweis darauf, dass „nicht die Ausländer unser größtes Problem sind, sondern die größte Bedrohung des europäischen Wohlstands von der Globalisierung der Wirtschaft ausgeht“. Mit dieser Meinung stieß Ritter, Autor des revanchistischen „Ostpreußenblatts“, auf wenig Verständnis bei den REP, so die lokale „Nürnberger Zeitung“.

Ausland

■ **Japan (Tokio)** - Die Nationalsozialistische Japanische Arbeiterpartei (NSJAP), eine Schwesterorganisation der NSDAP/AO, hat erstmals eine japanische Ausgabe des „NS Kampfruf“ veröffentlicht. Der „NS Kampfruf“ erscheint damit derzeit in zwölf Sprachen. Dies wird in der aktuellen (Mai/Juni) Ausgabe des „NS Kampfruf“ vermeldet, der in gewohnter Manier ein umfangreiches Angebot an rechtsextremen Propagandamaterial offeriert. Darunter: Reden auf Cassette von Josef Goebbels und Michael Kühnen, Bücher wie Hitlers „Mein Kampf“ oder „Sechs Reden aus der Vorkriegszeit“ von Rudolf Hess. Zu haben sind auch SS-Anstecknadeln, NSDAP-Parteiabzeichen, Fahnen wie „Hitlerjugend“, „Ku Klux Klan“ und Bilderbücher in englischer Sprache wie „The new German“ (Bilder der Reichskanzlei).

■ **Italien (Brescia)** - Das Berufungsgericht hat in Brescia den Österreicher Peter Paul Rainer (32), dem zu Last gelegt wurde, am 15. Februar 1997 den Südtiroler Abgeordneten Christian Waldner (37) im italienischen Bozen erschossen zu haben, zu einer Haftstrafe von 22 Jahren und sechs Monaten verurteilt. Ein Gericht in Trient hatte Rainer im De-

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin 8
 PVSt, DPAC, Entgelt bezahlt, A 13861
 Heft 11-2000 .bo 5292719000
 Antifaschistisches Pressearchiv
 und Bildungszentrum Berlin e. V.
 Falkensteinstr. 46
 10997 Berlin

zember 1998 frei gesprochen, das Kassationsgericht Rom hob den Freispruch im vergangenen November wieder auf. Der im Mai untergetauchte Rainer, der in Deutschland vermutet wird, arbeitete beim christlichen Sender „Radio Horeb“ in dem Allgäuer Örtchen Balderschwang. Rainer, Oberleutnant der Südtiroler Schützen, Autor in der „Aula“ und der „Jungen Freiheit“, hatte seine akademische Laufbahn mit einem gefälschten Abiturzeugnis begonnen. Waldner, Gründer der Südtiroler Freiheitlichen, Autor in der „Jungen Freiheit“ und „Nation&Europa“, der zum Zeitpunkt seiner Ermordung einen Wechsel zur Lega Nord geplant hatte, wollte diese Fälschung öffentlich machen.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
 e-mail: nandlinger@bnr.de
 Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
 Heiner Lichtenstein (Köln)

Satz und Gestaltung:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
 38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
 Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
 -verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
 Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.

Nachweis erforderlich!

Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto